Änderungsantrag Nr. 51 der BGR-Fraktion

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme: Ausgabe EPL: 08

Seite Reg. Entw. 244 KAP: 11

Seite Erg. Vorl. – TITEL: 684 52

Ist 2023	Soll 2024	2025	in TEuro	2026
3,8 T€	4,1 T€	4.000,0 T€	SOLL neu	4.000,0 T€
		0,0 T€	+/-	1.128,2 T€
		4.000,0 T€	Reg. Entw.	2.871,8 T€

Zweckbestimmung

A) Zuschüsse für Projekte der Chancengleichheit von Frau und Mann, Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Antidiskriminierung

Haushaltsvermerke

keine Angabe

Erläuterungen

A) Erläuterungen alt:

	2025 T€	2026 T€
1. Chancengleichheit von Frau und Mann	1.500,0	1.000,0
2. Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt	1.300,0	971,8
3. Antidiskriminierung	1.200,0	900,8
Summe	4.000,0	2.871,8

B) Erläuterungen neu:

	2025 T€	2026 T€
1. Chancengleichheit von Frau und Mann	1.500,0	1.000,0
2. Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt	1.300,0	1.300,0
3. Antidiskriminierung	1.200,0	1.200,0
Summe	4.000,0	4.000,0

Deckungsvorschlag

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung

Die Änderung dient dem Erhalt von zivilgesellschaftlichen Strukturen und Angeboten wie z.B. landesweiten Beratungsangeboten für Betroffene von Diskriminierung, Angeboten der Jungen- und Männerarbeit oder der Unterstützung von gleichberechtigtem Engagement in Politik und Gesellschaft. Als Standort Sachsen braucht es eine politische und finanzielle Absicherung, um Demokratiearbeit durchführen zu können. Besonders in ländlichen Gebieten ist es von großer Bedeutung, dass Angebote ausgebaut oder zumindest erhalten bleiben, um allen Menschen Zugang zu den notwendigen Unterstützungsleistungen zu gewährleisten. Es ist notwendig, die Arbeit im Bereich Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung zu stärken, da sie das Fundament einer demokratischen und freien Gesellschaft darstellt sowie Innovation in Sachsen ermöglicht und stärkt. Eine Kürzung der Mittel würde dazu führen, dass bestehende Strukturen zerstört werden und wichtige Beratungsangebote nicht mehr stattfinden könnten.

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2025 in T€	2026 in T€
Gesamtbetrag	1.200,0 T€	1.200,0 T€
davon fällig		
2026 bis zu	1.000,0 T€	
2027 bis zu	200,0 T€	1.000,0 T€
2028 bis zu		200,0 T€
2029 ff. bis zu		